

08.09.95

Antrag

des Landes Niedersachsen

**Entschließung des Bundesrates zu den Atombombentests im
Südpazifik und in der Volksrepublik China**

WILLI WAIKE
MINISTER
LEITER DER
NIEDERSÄCHSISCHEN STAATSKANZLEI Hannover, den 8. September 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. h.c. Johannes Rau

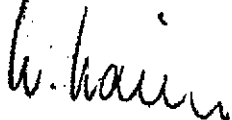
Sehr geehrter Herr Präsident,

die Niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, dem Bundesrat den in der Anlage
beigefügten Antrag für eine

**Entschließung des Bundesrates zu den Atombombentests im Südpazifik und in
der Volksrepublik China**

mit der Bitte zuzuleiten, diesen gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates
zur sofortigen Sachentscheidung auf die Tagesordnung der Bundesratssitzung am 22.
September 1995 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

Entschließung des Bundesrates zu den Atombombentests im Südpazifik und in der Volksrepublik China

1. Mit großer Sorge nimmt der Bundesrat zur Kenntnis, daß Frankreich in diesem Jahr die Wiederaufnahme von Atombombenversuchen im pazifischen Ozean beabsichtigt und China im August 1995 wieder eine Atombombe zu Testzwecken gezündet hat.

Die Ankündigung des französischen Staatspräsidenten, zwischen September 1995 und Mai 1996 acht unterirdische Atomwaffentests auf dem Moruroa-Atoll (Moruroa, Inselname in der Maori-Sprache, nach bisherigem europäischen Sprachgebrauch: Mururoa) durchzuführen, hat nicht nur Empörung bei Regierenden und Bevölkerung des asiatischen und speziell des südpazifischen Raumes hervorgerufen. Sie ist auch in vielen westlichen Industriestaaten scharf kritisiert worden. Gleiches gilt für die nun begonnene Testreihe in Lop Nor im nordwestlichen China.

Die Pläne Frankreichs und Chinas können als Absage an die Politik des freiwilligen Verzichts auf Atomversuche gewertet werden. Insbesondere die einseitige Kündigung des von Frankreich unter dem früheren Präsidenten 1992 verkündeten Testmoratoriums, dem sich die USA, Großbritannien und Rußland angeschlossen haben, ist ein schwerer Rückschlag für die internationalen Abrüstungsbemühungen. Viele Länder haben eine unbegrenzte Verlängerung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NVV) nur zögernd unterzeichnet und dann nur, weil die Staaten, die über Atomwaffen verfügen, versprochen, "größte Zurückhaltung" bei den Atomtests bis zum Abschluß eines umfassenden Vertrages zum Verbot von Atomtests zu üben. Die Weigerung Chinas, auf Atomtests zu verzichten und die Aufkündigung des französischen Moratoriums müssen als Vertrauensbruch gegenüber den Ländern wirken, die dieser unbefristeten Verlängerung zugestimmt haben und ernsthafte Zweifel am Ziel der globalen nuklearen Abrüstung auslösen. Die anstehenden UN-Verhandlungen für eine schnelle Einigung für ein weltweites Atom-Test-Stopp Abkommen sind gefährdet.

2. Darüber hinaus bedeuten die Atomwaffentests eine Gefährdung für Menschen und Umwelt mit unabsehbaren Folgen für das Ökosystem des Südpazifik. Die Umweltminister der Staaten des Südpazifiks haben in ihrer gemeinsamen Erklärung größte Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der Tests auf Mensch und Natur formuliert. Der Bundesrat empfiehlt, die in dieser Erklärung zum Ausdruck gebrachten ökologischen und gesundheitlichen Sorgen durch unabhängige Experten sowie durch Frankreich und die betroffenen Staaten überprüfen zu lassen, bevor mit der Testreihe begonnen wird.

Seit 1975 wurden im Basaltboden von Moruroa über 120 unterirdische Atombomben gezündet. Nach Angaben französischer Ingenieure sinkt das Atoll nach jeder Explosion um zwei Zentimeter in den Meeresgrund ab. Die Riffinsel ist bereits heute stark durchlöchert und Experten befürchten, daß sich bei weiteren

atomaren Explosionen die unterirdischen Risse vertiefen und in andere Gesteinsschichten eindringen. Dadurch könnten große Mengen radioaktiver Stoffe zusätzlich zu der jetzt schon vorhandenen Belastung freigesetzt werden.

3. In Anbetracht der vielfältigen Gefahren, die von Atomwaffentests für Mensch und Natur ausgehen, in Anbetracht des Risikos eines neuen atomaren Wettrüstens, fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf:

- alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, um die chinesische Regierung zu bewegen, auf weitere Atombombentests zu verzichten;
- alle notwendigen politischen Initiativen zu ergreifen, um der französischen Regierung unmißverständlich deutlich zu machen, daß die Wiederaufnahme der Atomwaffentests im Moruroa-Atoll die internationalen Abrüstungsbemühungen gefährdet und von der Bundesrepublik Deutschland abgelehnt werden;
- die Proteste der Südpazifik-Staaten und ihre Forderungen politisch zu unterstützen;
- sich bei der EU dafür einzusetzen, daß alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die geplanten französischen Tests zu verhindern - dazu gehört insbesondere auch die Prüfung, ob die Atombombentests im Südpazifik gem. Euratomvertrag, Artikel 34, einer Zustimmung der EU bedürfen;
- entschieden alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um möglichst schnell ein weltweites Atomwaffenteststopp-Abkommen zu erreichen;
- sich bis zum Abschluß eines solchen Abkommens für ein weltweites Moratorium von Atomtests einzusetzen.

Der Bundesrat hält den 50. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki während des 2. Weltkrieges für Mahnung und Warnung zugleich, das atomare Wettrüsten zu beenden.

22.09.95

Beschluß
des Bundesrates

**Entschließung des Bundesrates zu den Atombombentests im
Südpazifik und in der Volksrepublik China**

Der Bundesrat hat in seiner 688. Sitzung am 22. September 1995 die nachstehende Entschließung gefaßt:

1. Mit großer Sorge nimmt der Bundesrat die in jüngster Zeit vorgenommenen Atombombenversuche zur Kenntnis
2. Atomwaffentests bedeuten eine Gefährdung für Menschen und Umwelt mit unabsehbaren Folgen für das davon betroffene Ökosystem.
3. Darüber hinaus haben viele Staaten einer unbegrenzten Verlängerung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nur in der Erwartung zugestimmt, daß die Staaten, die über Atomwaffen verfügen, größte Zurückhaltung bei Atomtests bis zum Abschluß eines umfassenden Vertrages zum Verbot von Atombombentests üben. Durch die nunmehr vorgenommenen und geplanten weiteren Atomtests könnte das Vertrauen dieser Staaten enttäuscht und Zweifel am Ziel einer globalen nuklearen Abrstung ausgelöst werden.
4. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf,
 - entschieden alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um möglichst schnell ein weltweites Atomwaffenteststopp-Abkommen zu erreichen;
 - sich bis zum Abschluß eines solchen Abkommens für ein weltweites Moratorium von Atomtests einzusetzen.